Prüfung im Europarecht II
Wirtschaftsrecht der Europäischen Union
vom 27. Juni 2011

Matrikel Nummer (ohne Namensnennung):

Organisatorisches

Nummerieren Sie bitte Ihre separaten mit der Matrikelnummer versehenen Blätter und legen Sie diese nach der Prüfung mit den Prüfungsfragen ins Kuvert.

Erlaubte Hilfsmittel

Es handelt sich um eine „open book“ Prüfung. Zulässig sind die Benützung des Skripts, aller Lehrbücher, des Vertrags, der Powerpointfolien, aller persönlichen Notizen und individuell oder kollektiv erarbeiteter Texte/Zusammenfassungen. **Nicht zulässig sind Laptops.**

Bewertung

Die Prüfung besteht aus zwei Teilen. Der erste Teil prüft das Grundwissen. Der zweite Teil besteht aus einer Falllösung, die es Ihnen ermöglicht, Ihre Fähigkeiten an einem konkreten Problem unter Beweis zu stellen. Der zweite Teil wird bei der Benotung doppelt so stark gewichtet wie der erste Teil.

Zeitvorschlag

Teil I (Grundwissen): 30 Minuten (1/3 der Gesamtnote)

Teil II (Falllösung): 90 Minuten (2/3 der Gesamtnote)

Viel Erfolg!

Teil I

Grundwissen

Kreuzen Sie die richtige Antwort an. Es gibt jeweils nur eine richtige Antwort pro Frage. Mehr als eine Antwort pro Frage gilt als Falschbeantwortung. Falsche Antworten zählen nicht als Minuspunkte. Die AEUV-Bestimmungen entsprechen der aktuellen Nummerierung des Vertrags.

1. Welche der nachfolgenden Personen kann sich auf die Niederlassungsfreiheit nach Art. 49 AEUV berufen?

- a) Ein Türke, der mit einer Belgierin verheiratet ist, und dem die belgischen Behörden die Anerkennung seiner in der Türkei erworbenen Berufsausbildung zum Lastwagenfahrer verweigern.
- b) Eine griechische Gesellschaft, welcher die Gründung einer Tochtergesellschaft auf Kreta untersagt wird.
- c) Eine portugiesische Kosmetikerin, der von den schwedischen Behörden die Anerkennung ihrer in Rumänien erworbenen Berufsausbildung in Hinblick auf die Eröffnung eines eigenen Salons in Stockholm verweigert wird.

2. Was bedeutet das Prinzip der Äquivalenz im Rahmen der regulatorischen Ansätze des Gemeinschaftsrechts?

- a) Die gegenseitige Anerkennung der Gleichwertigkeit von nationaler Regelungen
- b) Die Anerkennung der Gleichwertigkeit von Regelungen ohne dass Gegenseitigkeit im Einzelnen verlangt wird.
- c) Die punktuelle Harmonisierung des nationalen Rechts

3. Welche Aussage betreffend die Wirtschafts- und Währungsunion ist richtig?

- a) Die Wirtschafts- und Währungsunion umfasst heute alle Mitgliedstaaten der EU mit Ausnahme von Grossbritannien.....
- b) Die Bestimmungen zur Wirtschafts- und Währungsunion übertragen der EU umfassende Kompetenzen im Steuerbereich, wodurch es der EU möglich ist, ähnlich wie der Bund in einem klassischen Bundesstaat einen effizienten Finanzausgleich zwischen den Mitgliedstaaten zu betreiben.....
- c) Kritiker an der Wirtschafts- und Währungsunion bezweifeln den langfristigen Erfolg der gemeinsamen Währung unter anderem, weil innerhalb der EU die Mobilität der Arbeitnehmer gering ist und somit eine wichtige Voraussetzung für eine ‚Optimum Currency Area‘ (OCA) nicht gegeben ist.....

4. Gemäss Fusionskontrollverordnung (VO 139/2004) haben alle Zusammenschlüsse gemeinschaftsweite Bedeutung.

- a) Ja. Die VO 139/2004 ist ein besonderes Rechtsinstrument, das eine wirksame Kontrolle sämtlicher Zusammenschlüsse im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die Wettbewerbsstruktur in der Gemeinschaft ermöglicht.
- b) Nein. Ein Zusammenschluss hat nur gemeinschaftsweite Bedeutung, wenn vorgesehene Umsätze erzielt werden.
- c) Nein. Die VO 139/2004 ist nur für solche Fälle anwendbar in denen zwei oder mehr bisher voneinander unabhängige Unternehmen oder Unternehmensteile fusionieren oder sich für eine Fusion interessieren.

5. Staatliche Regelungen, welche einem öffentlichen Unternehmen exklusive Rechte verschaffen...

- a) Verstossen gegen Art. 102 AEUV.....
- b) Sind zulässig, soweit sie zur Erfüllung des Unternehmenszweckes erforderlich sind.....
- c) Fallen nicht unter das EU-Recht.....

6. Welches ist die Hauptaussage des EuGH-Urteils Überseering?

- a) Die Niederlassungsfreiheit bewirkt, dass die Rechts- und Parteifähigkeit einer in einem anderen EU-Staat rechtmässig gegründeten Gesellschaft nicht vom Sitzerfordernis abhängig gemacht werden dürfen.....
- b) Die Dienstleistungsfreiheit deckt auch die Verlegung eines Hauptsitzes.....
- c) Das Wegzugsrecht von juristischen Personen in der EU unterliegt aus steuerrechtlichen Gründen den nationalen Vorschriften des Heimatstaates.....

7. Der Arbeitnehmerbegriff nach Art. 45 AEUV...

- a) wird im Einzelnen im Ergebnis durch die Mitgliedsstaaten bestimmt, da diese für die Handhabung der Personenfreizügigkeit zuständig sind.
- b) ist gemeinschaftsrechtlicher Natur. Sein Inhalt hängt nicht von der jeweiligen nationalen Arbeitnehmer-Definition ab.

- c) entspricht den Standards der Internationalen Arbeitsorganisation, die seit dem 14. Dezember 1946 eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen ist.

8. Welcher Tatbestand wird von Art. 101 Abs. 1 AEUV erfasst?

- a) Die fast gleichzeitig erfolgte Erhöhung der Benzinpreise um 20% durch die Firmen Shell und BP für den ganzen EU-Raum infolge des Anstieges des Ölpreises auf dem Weltmarkt um 20%, wenn keine Hinweise auf ein bewusstes Zusammenwirken zwischen Shell und BP vorliegen.....
- b) Eine zwischen einer Mutter- und einer Tochtergesellschaft abgeschlossene Vereinbarung, wonach die Tochtergesellschaft sich zur Einhaltung von Mindestverkaufspreisen für die von ihr vertriebenen Produkte verpflichtet.....
- c) Eine Absprache zwischen zwei vom Staat kontrollierten Telekomfirmen, welche die Preise im Bereich der Mobiltelefonie festlegt.....

9. Im Urteil Omega konnte der Schutz eines Grundrechts die Beschränkung einer Grundfreiheit rechtfertigen, ...

- a) da es sich um ein ideelles Grundrecht handelte, das zur freien Persönlichkeitsentfaltung von besonderer Bedeutung ist.
- b) weil das Grundrecht in den nationalen Verfassungen einer Mehrheit der Mitgliedstaaten explizit verbrieft wurde.....
- c) weil die Grundrechte nach ständiger Rechtsprechung des EuGH zu den allgemeinen Rechtsgrundsätzen gehörten.....

10. Welche der drei folgenden Aussagen trifft auf die Rechtsprechung des EuG in GlaxoSmithKline zu?

- a) Eine von Grosshändlern statuierte Einschränkung des Parallelhandels verstösst stets gegen Art. 101 Abs. 1 AEUV.....
- b) Das Ziel des EU-Wettbewerbsrechts ist die Steigerung der Konsumentenwohlfahrt.....
- c) Setzt ein Unternehmen, welches eine marktbeherrschende Stellung innehat, unterschiedliche Preise auf verschiedenen Märkten mit heterogenen Wettbewerbsbedingungen fest, so stellt dies eine Diskriminierung gemäss Art. 102 Buchstabe c AEUV dar.....

11. Welche der folgenden Massnahmen der Gleichstellung von Mann und Frau sind mit dem EU-Recht vereinbar?

- a) Die ausnahmslose Bevorzugung von Frauen gegenüber gleich qualifizierten Männern im Bewerbungsverfahren,.....
- b) Die besondere Förderung weiblicher Hochschulabsolventinnen im Rahmen von Forschungsprogrammen..
- c) Die ausnahmslose Bevorzugung von Frauen im Bewerbungsverfahren, solange ihr Anteil im Betrieb nicht 50% erreicht hat.....

12. Der allgemeine Gleichheitssatz im EU-Recht...

- a) ist nicht justiziabel und daher kaum von praktischer Bedeutung.....
- b) unterscheidet sich inhaltlich nicht vom allgemeinen Diskriminierungsverbot in Art. 18 AEUV.....
- c) liegt sämtlichen Diskriminierungsverboten des AEUV zugrunde, d.h. die Diskriminierungsverbote sind eine Ausformung des allgemeinen Gleichheitssatzes.....

13. In welchem Verhältnis stehen die Grundfreiheiten und das Sekundärrecht der EU?

- a) Das Sekundärrecht geht den Grundfreiheiten grundsätzlich vor.....
- b) Die Grundfreiheiten gehen dem Sekundärrecht immer vor
- c) Die Grundfreiheiten sind in der Regel nicht anwendbar, wenn das Sekundärrecht den betreffenden Bereich vollständig harmonisiert hat oder zu einer Mindestharmonisierung geführt hat.

14. In welchem der folgenden Fälle ist ein Parallelimport zulässig?

- a) Wenn eine markenrechtlich geschützte Ware mit Zustimmung des Markeninhabers in der Ukraine zum ersten Mal in Verkehr gebracht wurde und darauf von einem Parallelimporteure nach Island eingeführt wird, wenn das isländische Markenrecht ausdrücklich den Grundsatz der internationalen Erschöpfung vorsieht.....
- b) Wenn eine markenrechtlich geschützte Ware mit Zustimmung des Markeninhabers in der Ukraine zum ersten Mal in Verkehr gebracht wurde und darauf von einem Parallelimporteure nach Zypern eingeführt wird, wenn das zypriotische Markenrecht ausdrücklich den Grundsatz der internationalen Erschöpfung vorsieht.....

- c) Wenn eine markenrechtlich geschützte Ware mit Zustimmung des Markeninhabers in der Ukraine zum ersten Mal in Verkehr gebracht wurde und darauf von einem Parallelimporteur nach Zypern eingeführt wird, wenn der Markeninhaber nicht ausdrücklich und unmissverständlich zum Ausdruck gebracht hat, dass er der parallelen Einfuhr nicht zustimmt.....

15. Warum ist eine belgische Regelung, welche für Steuerpflichtige mit Wohnsitz im Ausland für den Erwerb einer Beteiligung an einem belgischen Unternehmen eine vorherige Bewilligung der belgischen Steuerbehörde vorsieht, mit der Kapitalverkehrsfreiheit in Art. 65 AEUV unvereinbar?

- a) Eine auf den Schutz von steuerlichen oder anderen finanziellen Interessen gestützte Rechtfertigung einer Beeinträchtigung des freien Kapitalverkehrs ist niemals zulässig.....
- b) Die beschriebene Anmeldepflicht behandelt Ausländer ungleich und ist somit diskriminierend.....
- c) Das verfolgte steuerrechtliche Ziel kann auch mittels einer weniger restriktiven Massnahme, beispielsweise einem System der nachträglichen Anmeldung des Beteiligungserwerbs, realisiert werden.....

Teil II

Falllösung

Sachverhalt

Finnland galt über Jahre hinweg mangels einschlägiger gesetzlicher Grundlagen als europäisches Paradies für Filesharer. Gemäss einer Studie des finnischen Kulturministeriums tauschten im Jahr 2010 rund 30% aller Internet-Nutzer online urheberrechtlich geschütztes Material, primär Musikstücke. Dies stürzte die finnische Musikindustrie in eine tiefe Krise: Die seit 1997 stetig ruckläufigen CD-Umsätze in Finnland brachen in den 2000-er Jahren vollends ein, mehrere finnische Plattenfirmen mussten Konkurs anmelden und kleine CD-Läden verschwanden praktisch von der Bildfläche.

Am 1.1.2011 trat in Finnland das neue „Gesetz zum Schutz des geistigen Eigentums“ in Kraft. Das Gesetz statuiert ein vollständiges Verbot von Filesharing-Websites, sowie Websites und Blogs, welche auf jene Seiten verlinken. Die durch das Gesetz geschaffene „Prüfstelle für geistiges Eigentum“ prüft Beschwerden von Schutzrechtsinhabern gegen Websites, welche nach der Ansicht der Schutzrechtsinhaber deren Urheber- oder Nutzerrechte verletzen. Nach Feststellung einer Verletzung leitet die Prüfstelle die Beschwerde an ein finnisches Gericht weiter, welches gegenüber den finnischen Internet-Providern innert einer dreitägigen Frist eine Sperrung der betroffenen Website verfügt.

Zusätzlich sieht das Gesetz auch eine neue, im europäischen Vergleich sehr hohe Abgabe auf Leermedien, namentlich MP3-Player, USB-Sticks sowie CD-Rohlinge ein. Die von den Herstellern und Importeuren zu entrichtende Abgabe kommt der finnischen Verwertungsgesellschaft FMMA und somit schlussendlich den finnischen Schutzrechtsinhabern sowie der Kulturpolitik zugute. Mobiltelefone sind von dieser Leermedienabgabe indessen ausdrücklich ausgenommen. Dazu ist zu bemerken, dass Finnland eine grosse Mobiltelefonindustrie besitzt. Ein finnischer Grosskonzern ist zwar momentan noch weltweiter Marktführer in der Produktion von Mobiltelefonen, verliert aber seit einigen Jahren stetig Marktanteile an diverse Konkurrenten aus dem EU-Raum.

Im April 2011 verfügte ein finnisches Gericht gestützt auf diese Bestimmungen die Sperrung des populären sozialen Netzwerks für Musiker/innen, *musicmeetsfriends.org*. *Musicmeetsfriends.org* bietet sowohl aufstrebenden als auch etablierten Musiker/innen ein Forum um Kontakte zu knüpfen und zu pflegen. Auf der Website wird nebst vielen anderen Inhalten für Musikbegeisterte auch eine Filesharing-Software angeboten, welche die registrierten Nutzer downloaden können. *Musicmeetsfriends.org* wird von Spencer Salthill betrieben, einem britischen Staatsbürger mit Wohnsitz in London. Salthill finanziert die Website mit Werbung und stieg dank den erzielten Werbeinnahmen innert kürzester Zeit vom Informatiker zum jüngsten Milliardär Grossbritanniens auf.

Spencer Salthill ist weiterhin Mehrheitsaktionär der britischen SuperTech Ltd., welche MP3-Player nach Finnland exportiert. Die hohe Leermedienabgabe wirkt sich in Finnland kontraproduktiv aus: Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes ist der Verkauf von MP3-Playern stark rückläufig, da die finnischen Konsumenten auf die starke Verteuerung reagieren und sich nunmehr entweder mit erheblich günstigeren Produkten aus dem Internet und den Nachbarländern eindecken oder vermehrt Musik auf den in ihren Smartphones enthaltenen MP3-Playern hören.

Durch die Verteuerung der MP3-Player aufgrund der hohen Leermedienabgabe ist auch der Umsatz der SuperTech Ltd. signifikant eingebrochen.

Spencer Salthill wendet sich an die auf Europarecht spezialisierte Kanzlei in London, in der Sie zurzeit ein Praktikum absolvieren. Er will die Rechtmässigkeit der Sperrung seiner Website *musicmeetsfriends.org* sowie der finnischen Leermedienabgabe abklären lassen. Ihre Vorgesetzte beauftragt Sie, ein kurzes Memorandum zu erstellen, welches die Europakonformität der finnischen Massnahmen anhand der unten aufgeführten Fragen prüft:

1. Sperrung der Website *musicmeetsfriends.org* gestützt auf das finnische „Gesetz zum Schutz des geistigen Eigentums“
 - a. Betrifft die Massnahme den Binnenmarkt oder handelt es sich um einen rein nationalrechtlichen Sachverhalt?
 - b. Welche Bestimmungen des AEUV sind betroffen?
 - c. Lässt sich die Massnahme allenfalls unter Berücksichtigung von Übermassverbot und Verhältnismässigkeit rechtfertigen?

2. Leermedienabgabe
 - a. Beurteilen Sie die Rechtmässigkeit der finnischen Leermedienabgabe anhand der Artikel 30 – 32 und 110 AEUV.
 - b. Liegt unter Umständen eine unzulässige Beihilfe nach Art. 107 AEUV an die finnische Mobiltelefonindustrie vor?
 - c. Welche Schritte stehen der Kommission offen, um gegebenenfalls gegen das finnische „Gesetz zum Schutz des geistigen Eigentums“ vorzugehen?

Gehen Sie bei der Beantwortung der Fragen davon aus, dass für keine der beiden Massnahmen eine sekundärrechtliche Regelung besteht. Begründen Sie Ihre Antworten und nehmen Sie dabei insbesondere auch Bezug auf die im Rahmen der Vorlesung behandelte Rechtsprechung des EuGH. **Referenzen auf Fälle, die nicht im Vorlesungsplan aufgeführt sind, werden aus Gründen der Gleichbehandlung nicht mit Punkten honoriert.**

Viel Erfolg!